

Wirtschaft für die Mehrheit

– Demokratische Kontrolle zurückgewinnen

Über Jahrzehnte basierte das Wirtschaftsmodell Deutschland auf einer starken Industrieproduktion, mit günstiger Energie und einer starken Außenhandelsorientierung. Letzteres hat zu einem massiven Exportüberschuss geführt, den Die Linke schon lange kritisiert hat. Mit dem notwendigen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und dem wirtschaftlichen Aufstieg der BRICS Länder – insbesondere Chinas – kommt das Wirtschaftsmodell Deutschland an seine Grenzen. Etliche Bundesregierungen haben die notwendigen Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau der Industrie, der Infrastruktur und der Bildung über Jahrzehnte verschlafen. Symbolisch dafür steht das Festschreiben der Schuldenbremse im Grundgesetz durch die Große Koalition im Jahr 2009.

Für viele Menschen ist diese Zeit des Umbruchs mit großen Sorgen verbunden. Die Schwäche der Wirtschaft lässt die Verwerfungen des Neoliberalismus wieder klar hervortreten. Während einige wenige über viele Jahre enorm profitiert haben, fürchten sich viele vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Wer jetzt nur über die Sorgen der "Wirtschaft" spricht, vergisst wieder einmal die Menschen, denen die Wirtschaft dienen soll. Das ist gefährlich und bereitet den Nährboden für rückwärtsgewandte Mythen der Rechten.

Die Linke steht für eine Wirtschaftspolitik, die von den Bedürfnissen der Menschen aus denkt. Wir wollen einen planbaren und demokratischen Industrieumbau. Gleichzeitig braucht es konkrete Verbesserungen für die ganz große Mehrheit, statt der wirtschaftlichen Eliten. Für uns ist aber klar: Im Zentrum steht die zukunftsfähige und wohlfahrtsstaatliche Gestaltung der Wirtschaft zugunsten von Belegschaften, Kommunen, Familien und Regionen. Wir wollen, dass alle Menschen profitieren.

Der Abschwung trifft die Falschen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten zwei Jahren gesunken, die Produktivität der Wirtschaft ist gefallen, und die Reallöhne befinden sich auf dem Niveau von 2018. Ursächlich hierfür sind eine unzureichende Investitions- und Innovationstätigkeit und eine zu geringe Konsumgüternachfrage. Zu all diesen Problemen hat die Ampel erheblich beigetragen: Sie ist verantwortlich dafür, dass trotz ökonomischer Notlage die Schuldenbremse 2024 nicht angetastet und die Vermögen und die Milliardäre geschont wurden.

Auch im aktuellen Abschwung gibt es Verlierer und Gewinner: Auf der einen Seite wurde der Mindestlohn nur um kärgliche 41 Cent angehoben und gegen die schwache Tarifbindung wenig unternommen. Auf der anderen Seite hat VW 4,5 Mrd. Euro an Dividenden ausgeschüttet – und gleichzeitig den Abbau zehntausender Stellen angekündigt. Es ist ein historischer Bruch, die Jobgarantie bei VW aufzukündigen. Die Beschäftigten müssen ausbaden, was Management und Regierung versäumt haben: eine sozial-gerechte Wende unserer Industrie.

Die Ampel hat keine Maßnahmen ergriffen, um Kosten und Krisengewinne der Pandemie und des Ukraine-Kriegs gerecht zu verteilen. Weder krisenbedingte Übergewinne noch Vermögen wurden einer effektiven und gerechten Besteuerung unterzogen.

Wirtschaftspolitische Zeitenwende

Einzig für die Bundeswehr wurde ein Sondervermögen über 100 Milliarden über Nacht bereitgestellt. Bereits jetzt deutet sich an, dass es weitere Sondervermögen für die Aufrüstung, aber nicht für die notwendigen öffentlichen Investitionen geben wird. Die Zeitenwende wird zum einzigen wirtschaftlichen Impuls. Es gibt in Deutschland im Gegensatz zu China oder in Teilen sogar der USA keine gezielte, staatliche Industriepolitik.

Statt neuer Fabriken für Solaranlagen boomen Rüstungsschmieden. Öffentliche Gelder werden in den Ausbau von Bundeswehrstützpunkten gesteckt, statt in zukunftsorientierte zivile Forschung und Hochtechnologie. Deutschland ist damit Teil einer weltweiten Aufrüstungsspirale, während zivile Aufgaben liegen bleiben.

Der Neoliberalismus hat der AfD den Boden bereitet

Soziale Sicherheit ist für die Mehrheit der Menschen ein zentrales Thema. Die Furcht vor höheren Lebenshaltungskosten landete im Oktober bei einer Umfrage mit 57 Prozent auf Platz eins der größten Ängste. Eine Politik, die diese Bedürfnisse nicht adressiert, bereitet den Nährboden für die AfD, gerade im Osten. Das Erstarken faschistischer Kräfte ist zwar nicht allein durch ökonomische Fehlentwicklungen zu erklären, dennoch dürfte klar sein: Die durch vergangene Regierungen verursachte ökonomische Misere und soziale Spaltung haben rechten Kräfte massiv Auftrieb verliehen.

Wir brauchen daher eine Umkehr in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit spürbaren Verbesserungen für die vielen Menschen im alltäglichen Leben. Das wirkt dem Aufkommen rechter Kräfte entgegen, es ist im Ergebnis eine **antifaschistische Wirtschaftspolitik**. Preise und Mieten müssen reguliert, Löhne erhöht und die Tarifbindung gestärkt werden; wir brauchen massive Investitionen und eine Besteuerung der Reichen. Und es braucht einen glaubwürdigen Plan, wohin sich die Wirtschaft entwickeln soll. Ein rohstoffarmes Land wie Deutschland wird in Zukunft verstärkt in den Bereichen Dienstleistung und Hochtechnologie relevant sein. Dafür braucht es eine Steuerung durch die Politik und nicht zuletzt massive Investitionen in Bildung, Ausbildung und Umschulungen.

Linke Wirtschaftspolitik ist demokratische Wirtschaftspolitik

Wir brauchen Initiativen für mehr demokratische Kontrolle. Auch deshalb ist die Besteuerung großer Vermögen wichtig. Denn: Viel Geld bedeutet viel Einfluss. Sowohl im Sinne von Investitionsentscheidungen als auch durch Lobbyismus bei Entscheidungsträgern. Das widerspricht der Grundidee einer Demokratie. Die Mitbestimmung der Gewerkschaften in Aufsichtsräten, Betriebsräten sowie in öffentlich verwalteten Fonds muss ausgebaut werden. Der Staat muss im Zuge öffentlicher Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie zur Stützung von Industrien Anteile an und Mitsprachemöglichkeiten in Unternehmen erwerben. Unser Ziel ist ein Wirtschaftssystem, in dem nicht eine Handvoll Familien die Hälfte des Vermögens besitzt, sondern ein System, in dem Entscheidungen demokratisch getroffen

werden. Indem Investitionsentscheidungen in klimafreundliche Technologien nicht nach der erwarteten Rendite für den Investor, sondern nach dem Nutzen für die Gesellschaft getroffen werden.

Insbesondere in der Autoindustrie, in der mittelbar knapp 800.000 Menschen arbeiten, ist eine Umstellung der Produktion nötig. Die Alternativen wird jedoch der Markt nicht allein schaffen. Stattdessen braucht es in den nächsten zehn Jahre staatliche Abnahmegarantien für E-Busse und sonstige E-Fahrzeuge, um Planungssicherheit zu gewährleisten. Dann kann auch die Produktion in den Werken umgestellt werden. Wenn der Staat direkt in strauchelnde Unternehmen investiert oder er Geld für die Konversion bereitstellt, dann nur unter der Bedingung, dass keine Renditen und Boni ausgezahlt oder betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden, solange der Staat Miteigentümer ist oder Gelder nicht zurückgezahlt wurden.

Für die kommende Legislatur fordern wir ein wirtschaftliches Gesamtpaket, das den Menschen dient, statt Aufrüstung und sozialen Kahlschlag forciert.

I) Öffentliche Investitionen für die Transformation

Deutschland hat ein Investitionsproblem. Weder die öffentliche Hand noch die Privatwirtschaft haben in den letzten Jahren hinreichend in die Zukunft gedacht. Doch eine massive Steigerung der Investitionen ist absolut notwendig, um die Wirtschaft umzubauen und auf die Zukunft vorbereitet zu sein. Sie sind darüber hinaus nötig, um gegen die wirtschaftliche Rezession zu steuern, in der wir uns befinden. Wir fordern ein massives Investitionsprogramm für die nächsten zehn Jahre.

Langfristiges Investitionsprogramm für ein besseres Leben

Diese Investitionen betreffen insbesondere die öffentliche Daseinsvorsorge – Wohnraum, öffentlicher Nahverkehr, Bildung und Gesundheit – und den Bereich Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Die Linke macht das Land zukunftsfähig. Die Daseinsvorsorge kollabiert aufgrund zu geringer finanzieller Mittel, sie kollabiert aber auch, weil zu wenige Menschen dort arbeiten: Wir brauchen keine Abschottung, sondern eine moderne Einwanderungsgesellschaft. Dafür brauchen wir eine Ausbildungsoffensive: Wir grenzen Menschen, ob sie hier schon länger leben oder kürzlich ins Land gekommen sind, nicht aus, wir bilden wir aus, wir kümmern uns darum, dass sie Teil dieser Gesellschaft werden.

Dieses Investitionsprogramm muss an eine zivile Produktion geknüpft sein. Wir wollen keine Panzer, sondern Busse und Bahnen für alle. Bestehende Rüstungskonzerne werden im Sinne einer Konversions-Strategie für die zivile Produktion unter der Leitung und Kontrolle der Beschäftigten selbst umgebaut. Infrastrukturinvestitionen gehen ausschließlich in kommunale oder genossenschaftliche Hand. Das gilt auch für Investitionen in den Ausbau von erneuerbaren Energien und den Wohnungsbau.

Wir fordern konkret:

1. den Klima- und Transformationsfonds für die nächsten 10 Jahre mit 65 Milliarden Euro jährlich auszustatten, für Investitionen in Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und die Förderung klimafreundlicher Technologien.
2. Der zusätzliche öffentliche Investitionsbedarf in Bahn und ÖPNV, Bildung, sozialen Wohnungsbau/-sanierung, Digitalisierung, das Pflege- und Gesundheitswesen liegt insgesamt bei jährlich mindestens 160 Milliarden Euro.
3. Einmalig 200 Milliarden Euro für den Industrieumbau.

Investitionsfonds zur Finanzierung des erfolgreichen Umbaus

Das Geld für den Industrieumbau fließt in einen Investitionsfonds, aus dem Unternehmen entweder durch langfristige Kredite oder im Austausch zu Gesellschaftsanteilen beim klimagerechten Umbau unterstützt werden. Beschäftigte sollen unterstützt werden, wenn sie einen Betrieb selbst übernehmen und genossenschaftlich weiterführen wollen, auch im Fall einer Insolvenz, wenn eine grundsätzliche Perspektive auf einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb besteht. Die Kreditvergabe erfolgt hierbei direkt an die Genossenschaft, die Beschäftigten selbst sollen nur einen geringen Anteil des Startkapitals selbst aufbringen müssen, sodass das Risiko für sie beherrschbar bleibt. Der Fonds soll mittelfristig kostendeckend wirtschaften und Gewinne aus Beteiligungen oder Krediten reinvestieren. Dadurch wird die Wirtschaft demokratisiert und Beschäftigte direkt an Produktionsentscheidungen beteiligt.

Ein großes Hindernis für den erfolgreichen Industrieumbau, insbesondere der energieintensiven Industrie wie Stahl, Teile der Chemie, Glas und Zementherstellung, sind die im internationalen Vergleich hohen Stromkosten in Deutschland. Wesentliche Ursachen sind die steigenden Netzentgelte und ein dysfunktionaler Marktmechanismus an der Strombörse.

Statt pauschaler Industrierabatte, wie sie von Unternehmensseite gefordert wird, fordern wir zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung des Industriestandortes einen „atmenden Industriestrompreis“. Dieser lenkt Unternehmen zum flexiblen Verbrauch entsprechend der Verfügbarkeit erneuerbaren Stromes – als Gegenleistung für Preisnachlässe.

Der Netzausbau ist nicht durch direkte Umlage auf die Strompreise zu finanzieren, sondern durch öffentliche Kredite über einen langen Zeitraum zu strecken. Bei den weiter steigenden Netzentgelten müssen bundesweit einheitliche Regeln eingeführt und Transparenz bei der Berechnung hergestellt werden.

Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form abschaffen

Der Großteil der Ökonomen ist sich einig: Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form verhindert dringend nötige Investitionen. Es ist offensichtlich, dass nur ein Teil des Investitionsbedarfs aus Steuermehreinnahmen gedeckt werden kann. Um die sowohl für die Zukunft als auch zur Bekämpfung der Rezession nötigen öffentlichen Investitionen tätigen zu können, muss die Schuldenbremse abgeschafft werden. Der Staat hat kein

Schuldenproblem und kann – siehe Sondervermögen Bundeswehr – über Nacht Milliarden Euro mobilisieren.

Wir fordern in Bezug auf die Schuldenbremse:

- eine kurzzeitige Aussetzung aufgrund einer Notlage,
- eine Abschaffung der Schuldenbremse und ein Umdenken in der Investitionspolitik
- die Nutzung von Sondervermögen, landeseigener Investitionsbanken und ähnlicher Instrumente für Transformationsvorhaben. Hierfür ist auch eine einmalige Vermögensabgabe denkbar.

II) Preise runter & Löhne rauf

Die Verbraucherpreise für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sind seit 2021 um 21 Prozent gestiegen. Die zentralen Stellschrauben sind dabei Mieten, Energiepreise und Lebensmittel, weil hier die höchsten Inflationsraten in der Vergangenheit verzeichnet wurden. Deshalb braucht es ein Sofortprogramm für niedrigere Mieten, Energiepreise und Lebensmittelpreise:

- ein bundesweiter Mietendeckel
- Energiesockeltarife, die den Grundverbrauch billiger machen
- eine Preisaufsicht und Genehmigungen von Energiepreiserhöhungen
- Soziales Klimageld endlich auszahlen
- das Deutschlandticket wieder zum Preis von 9 Euro, perspektivisch kostenfrei
- Abschaffung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn mit Zwang zur Weitergabe dieser Steuersenkung an die Verbraucher*innen

Die Krisen der letzten Jahre haben vor allem die arbeitenden Menschen getroffen. Die Reallöhne stagnieren auf dem Niveau von 2018. Wir fordern deshalb:

- Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde (60 Prozent des Medianeinkommens, entspricht der EU-Mindestlohnrichtlinie) sowie ein Tariftreuegesetz und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.
- Demokratische Mitbestimmung: öffentliche Gelder müssen an demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten geknüpft werden.
- Reduzierung von Einkommensteuern für kleine und mittlere Einkommen: Erhöhung Grundfreibetrag um 5000 Euro auf 16.800 Euro. Damit werden Einkommen von unter 7.000 Euro pro Monat brutto (Single-Haushalt, Steuerklasse I) entlastet.

III) Reiche besteuern

Wenn Märkte und Politik von wenigen Milliardärsfamilien und Großkonzernen dominiert werden, schadet diese große Ungleichheit Demokratie und Wirtschaft. Eine Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen bzw. Vermögen ist auch gut für die Konjunktur, da niedrigere Einkommen mehr konsumieren und damit die Wirtschaft ankurbeln. Deswegen fordern wir:

- Vermögensteuer: Wir fordern Vermögenssteuersätze von 1 Prozent ab einer Million, progressiv steigend auf 5 Prozent ab 50 Millionen Euro Nettovermögen (abzüglich aller Schulden, wie etwa Hypotheken auf Immobilien). Ab einem Nettovermögen von einer Milliarde Euro soll eine Milliardärssteuer von 12 Prozent anfallen. Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei 5 Millionen Euro.
- Erbschaftsteuer: Die Vergünstigungen für Unternehmensvermögen, insbesondere durch die Verschonungsbedarfsprüfung, müssen beseitigt werden.
- Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent. Darüber wollen wir eine Reichensteuer ergänzen. Für diese Reichensteuer fordern wir zwei Stufen: 60 Prozent für Einkommen oberhalb von 277.826 Euro und 75 Prozent für Einkommen oberhalb von einer Million Euro zu versteuerndem Einkommen.
- Die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze für die Kranken- und Pflegeversicherung und die Verdopplung der Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenversicherung.